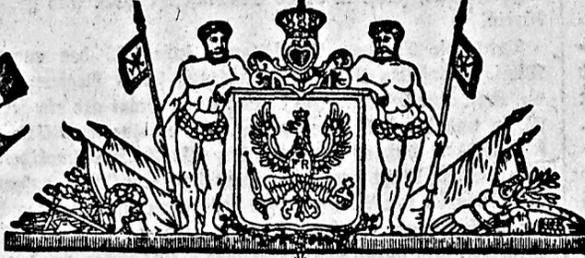


Vossische



Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“.

Bezug: Monatlich 8.25 Mark, vierteljährlich 24.75 M. In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Rantzau für die europäische Arbeitsgemeinschaft

Freilassung Adelsungs gefordert.

Neue Protestnote in Spa.

In einer dritten Note Erzbergers wird über weitere unerhörte Begünstigungen des hochverräterischen Treibens im besetzten Gebiet durch französische Besatzungsbehörden Beschwerde geführt.

„Ich ersuche, den Präsidenten der hessischen Volkstammer, Selbige in Freiheit setzen zu lassen, alsbald in Freiheit setzen zu lassen, damit er das ihm vom hessischen Volk übertragene Amt frei und ungehindert ausüben kann.“

General Mangin in Mainz setzt die größten Verletzungen des Waffenstillstandsvertrages fort. Nach glaubwürdigen Nachrichten ließ er in Mainz große Plakate des folgenden Inhalts anbringen:

„Verschiedene Zeitungen melden, daß die deutsche Regierung Maßnahmen gegen solche Bürger ergreifen will, die sich für die neue Regierung erklären.“

Diese Verfügung des Generals Mangin ist eine offene und eindeutige Verletzung des Waffenstillstandsvertrages. Alle deutschen Behörden des besetzten Gebiets müssen sie als null und nichtig betrachten, da die Besatzungsbehörde nicht das Recht hat, Bestimmungen des bestehenden deutschen Strafbuches aufzuheben.

Das Verfahren gegen Dorten.

Meldung des Wolffschen Telegraphen-Büros.

Berlin, 4. Juni.

Die Voruntersuchung gegen den Staatsanwalt Dr. Dorten ist beantragt. Zum Untersuchungsrichter wurde Reichsgerichtsrat Dr. Schmidt ernannt.

Ein Staatskommissar im Westen.

Wie die „P. P. N.“ erfahren, ist zum Staatskommissar für das besetzte Gebiet im Westen der bisherige Regierungspräsident von Köln, v. Starck, ausersehen.

* Koblenz, 4. Juni.

Der Ortsverband Adla des deutschen Eisenbahnerverbandes hat an den Ministerpräsidenten Kirch mit Bezug auf die etwaige Ernennung von Zimmern zum Oberpräsidenten folgendes Telegramm gerichtet: „Wir rheinischen Eisenbahner wollen die rheinische Eigenart gewahrt wissen, sind aber schärfste Gegner einer rheinischen Republik, weil wir darin eine Gefahr für die Rheinlande und das Deutsche Reich sehen.“

Zu den Vorgängen in der Pfalz erzählt die „Frankf. Stg.“, daß es dem Landauer Adelsführer Haß doch gelungen ist, in das Regierungsgelände einzudringen und den dort anwesenden Beamten die „Übernahme der Regierung“ zu verkleiden.

Speyer, den 1. Juni. Heute vormittag hat im Regierungsgebäude vor mir Herr Dr. Haß, Chemiker von Landau, eine Erklärung verlesen, daß die Pfalz zur selbständigen neutralen Republik unter Loslösung von Deutschland und Bayern erklärt sei.

Näherung einer Gruppe und die Behauptung, daß die Mehrheit der pfälzischen Bevölkerung hinter ihr stehe.

Die „Times“ meldet aus Koblenz, daß dort am Montag als Protest gegen die Errichtung der Rhein-Republik ein allgemeiner Ausstand erklärt wurde. Vier Stunden später nahmen die Streitkräfte infolge Befehls der amerikanischen Militärbehörden die Arbeit wieder auf.

Ein politisches Friedensprogramm.

Eine Unterredung Brodtkorff-Rantzau mit unserem Sonderberichterstatter.

* Versailles, 4. Juni.

Reichsminister Graf Brodtkorff-Rantzau hatte die Freundlichkeit, mir in einer ausführlichen Unterredung seine grundsätzlichen Ansichten über den Friedensschluß zu entwickeln und mir die Veröffentlichung dieser Gedankengänge zu gestatten.

Graf Rantzau griff diese Bemerkung sofort auf und sagte: „Die scheinbar negierende Haltung, die ich in Versailles einnehmen mußte, entspricht nicht meinen eigenen Wünschen, sondern ist mir durch die Verhandlungsvorschriften unserer Gegner aufgezwungen.“

Aber ich weiß, daß die Deutschen trotz aller Erschwerungen die Wege finden werden, dieser Pflicht zur geistigen Mitarbeit dennoch zu genügen. Und es liegt mir daran, wenigstens in knappen Umrissen zu zeigen, welches politische Weltbild uns vorschwebt und aus welchem Geiste heraus die Vorschläge entstanden wären, die wir machen würden, wenn uns die Gelegenheit zuteil würde.

Auf meine Bitte kennzeichnete Graf Rantzau seine Stellung zur Schuldfrage etwa folgendermaßen: „Ich stimme mit den Alliierten vollkommen darin überein, daß die Frage nach der mittelbaren und unmittelbaren Ursachen dieses furchtbaren Weltkrieges endgültig aufgelöst werden muß.“

Diese Sinnesrichtung des deutschen Volkes und ihre bevorstehende praktische Ausprägung scheint mir die beste Garantie für die Sicher-